

Ja zu B-3-Windpark, nein zu Heinum

In der Samtgemeinde Gronau kristallisiert sich klare Position zu Flächen heraus / Rehse kritisiert Kreis

Gronau/Despetal (mb/abu). In der Samtgemeinde Gronau kristallisiert sich wie in anderen Kommunen auch immer deutlicher heraus: Die Kommunalpolitiker wollen im Landkreis Hildesheim einen Mindestabstand von einem Kilometer zwischen Windrädern und Wohnhäusern festlegen. Auch in der Gemeinde Holle nahmen die Volksvertreter diese Haltung ein (siehe nächste Seite). Das letzte Wort in dieser Frage hat der Kreistag, wenn er im nächsten Jahr über das neue Raumordnungsprogramm entscheidet.

Der Gronauer Stadtrat hat sich zudem für einen Windpark zwischen Eime und Elze östlich der Bundesstraße 3 ausgesprochen – unter der Bedingung, dass die bisher am Sonnenberg westlich von Eime aktive Windkraft Eime GbR dort ebenfalls neue Windräder aufstellen darf. In dem Bereich plant derzeit das Unternehmen Renerco insgesamt 19 neue, hohe Windräder – das Ja zu dem Areal an der Bundesstraße 3 scheint in der Samtgemeinde politischer

Konsens zu sein. Der Samtgemeinderat entscheidet darüber erst im Oktober, weil Gronau und Elze möglichst gemeinsam Stellung beziehen wollen.

Bei einem Gronauer Okay zu der B-3-Variante ist es sehr wahrscheinlich, dass beide Kommunen sich einigen. Denn auch die Stadt Elze bevorzugt diese Lösung, weil die zugleich einen zusätzlichen Windpark bei Esbeck möglich machen würde. Den wünschen sich dort einige Landwirte – allerdings formiert sich im Dorf bereits Widerstand gegen die Pläne.

Vom Tisch wäre hingegen wohl ein Windpark zwischen Heinum, Eitzum und Eberholzen, den der Landkreis in seinem Entwurf noch vorgesehen hatte und gegen den in Heinum viele Bürger Sturm laufen. Der Gronauer Stadtrat sprach sich pauschal dagegen aus, über die B-3-Fläche hinaus weitere Windkraft-Areale in der Samtgemeinde zu installieren. In Brüggen sieht der Rat das allerdings anders – er wünscht sich eine zusätzliche

Windkraft-Fläche am Fuß der Sieben Berge. Die Gemeinderäte Despetal und Rheden haben sich explizit gegen die Fläche bei Heinum ausgesprochen.

In Despetal meldete SPD-Ratsherr Albert Rehse indes ganz grundsätzliche Bedenken am Entwurf des Raumordnungsprogramms an. So sei in dem Landkreis-Papier von einer „Verringerung sozialer Konflikte durch übermäßigen Zuzug von außen“ die Rede. „Wie definiert der Landkreis dies? Sind damit Leute aus den Nachbargemeinden oder aus Syrien gemeint?“ fragte der SPD-Politiker.

Kritik übte Rehse auch daran, dass mit keiner Silbe auf das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit Breitband-Technologie eingegangen werde. Auch Aussagen zur medizinischen Versorgung fehlten. „Wie stellt sich denn der Landkreis die Zukunft des Gronauer Krankenhauses vor?“ will Rehse wissen.

Außerdem vermisst der SPD-Mann klare Festlegungen zum geplanten Gro-

nauer Fachmarktzentrum. Seiner Meinung nach sollte in dem Papier beispielsweise festgelegt werden, dass dort die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel für Güter des aperiodischen Bedarfs wie Möbel und Tiernahrung möglich ist.

In Sachen Hochwasserschutz fordert Rehse eine klare Aussage über die wichtige Funktion der Wälder. Diese hielten nämlich das Wasser zurück und speicherten es. Schnurgerade Schnesen sollten seiner Meinung nach verboten werden, weil dort das Wasser ungebremst zu Tal stürzen könnte. Im Übrigen seien auch die Hochwasserschutzgebiete im Raumordnungsprogramm „ziemlich willkürlich“ festgelegt worden.

Nachdem Rehse noch zahlreiche weitere Kritikpunkte vorgetragen hatte, schlug Bauamtsleiter Hans Kirsch vor, dass sich der Bau- und Finanzausschuss der Samtgemeinde damit noch einmal intensiv auseinandersetzen soll. Dem stimmte der Despetaler Rat einhellig zu.